

Das englische Original von EDRi als Initiatoren unserer Aktion findet Ihr [hier](#).

## **Die EU muss hart erkämpften Schutz für digitale Menschenrechte bewahren**

**Wir, 127 zivilgesellschaftliche Organisationen, Gewerkschaften und Verteidiger des öffentlichen Interesses, möchten mit diesem Schreiben unsere tiefe Besorgnis über die bevorstehenden EU-Vorschläge zum Digital Omnibus zum Ausdruck bringen, die Teil einer umfassenden Deregulierungsagenda sind.**

Was als „technische Straffung“ der EU-Digitalgesetze präsentiert wird, ist in Wirklichkeit **ein Versuch, Europas stärkste Schutzmaßnahmen gegen digitale Bedrohungen heimlich abzubauen**. Diese Schutzmaßnahmen sorgen dafür, dass die Daten aller sicher sind, Regierungen zur Rechenschaft gezogen werden, Menschen davor geschützt werden, dass künstliche Intelligenz (KI)-Systeme über ihre Lebenschancen entscheiden, und letztlich unsere Gesellschaften frei von unkontrollierter Überwachung bleiben.

Sofern die Europäische Kommission ihren Kurs nicht ändert, wäre dies **die größte Einschränkung der digitalen Grundrechte in der Geschichte der EU**. Dies geschieht unter dem Radar, unter Verwendung **überstürzter und undurchsichtiger Verfahren, die darauf abzielen, demokratische Kontrolle zu vermeiden**.

Dieses problematische Vorgehen zeigt sich bereits in anderen Omnibus-Vorschlägen: demokratische Schutzmechanismen werden ignoriert, und vermeintlich minimale Änderungen im Namen der „Vereinfachung“ gefährden zentrale soziale und ökologische Schutzstandards Europas. Die Eingriffe drohen schlechte Arbeitsbedingungen zu verschärfen, gefährliche Chemikalien in Kosmetika zu ermöglichen oder zur Luft- und Wasserverschmutzung beizutragen – mit gravierenden Folgen für die Gesundheit der Menschen.

Dieser besorgniserregende Ansatz zeigt sich bereits in anderen Omnibus-Vorschlägen: [demokratische Schutzmechanismen werden dabei ignoriert](#). Infolgedessen haben vermeintlich minimale Änderungen unter dem Deckmantel der „Vereinfachung“ bereits [die zentralen sozialen und ökologischen Schutzmaßnahmen Europas gefährdet](#). Zusammen bergen diese Änderungen die Gefahr, dass sich die **Arbeitsbedingungen verschlechtern, gefährliche Chemikalien in Kosmetika zugelassen werden und Luft und Wasser verschmutzt werden** – wodurch die Menschen noch stärker Gefahren ausgesetzt sind.

Im kommenden Digital Omnibus wird die Kommission Berichten zufolge die einzige klare Regel schwächen, die Unternehmen und Regierungen daran hindert, ständig zu verfolgen, was Menschen auf ihren Geräten tun, die Teil des ePrivacy-Rahmens ist. Dies wird es den Machthabern erheblich erleichtern, die Handys, Autos oder Smart Homes der Menschen zu kontrollieren und gleichzeitig sensible Informationen über Aufenthaltsorte oder soziale Kontakte offenzulegen.

Eine neue Untersuchung zeigt, dass [kommerziell gehandelte Standortdaten dazu verwendet wurden, EU-Beamte sowie Privatpersonen in ihrem Alltag auszuspionieren](#). Dazu gehörte die Offenlegung ihrer Privatadressen sowie ihrer Besuche in

Gesundheitskliniken und Gebetsstätten. Eine Schwächung dieser Schutzmaßnahmen würde solche Missbräuche im Nachhinein legitimieren.

Auch die gerade erst verabschiedeten KI-Regeln sind gefährdet. Mit dem Omnibus-Paket sollen **einige der Schutzmaßnahmen, die eine sichere und diskriminierungsfreie Entwicklung der KI gewährleisten** sollen, abgeschafft werden sollen und wichtige Elemente wie Strafen für den **Vertrieb gefährlicher KI-Systeme** verzögert werden.

Derzeit muss sich jeder, der KI-Tools entwickelt, die Auswirkungen auf wichtige Entscheidungen haben könnten (z. B. ob Menschen Zugang zu Sozialleistungen erhalten), in einer öffentlichen Datenbank registrieren lassen. Mit den vorgeschlagenen Änderungen könnten sich **die Anbieter von KI-Tools jedoch einseitig und heimlich von allen Verpflichtungen befreien – ohne dass die Öffentlichkeit oder die Behörden davon Kenntnis hätten.**

Selbst das Datenschutzgesetz der EU, das als Goldstandard und eine der größten europäischen Errungenschaften gilt, soll wieder aufgeschnürt und ausgehöhlt werden. Dies würde **eines der wenigen Gesetze, das allen Menschen – einschließlich Arbeitnehmern, Kindern und Menschen ohne Papiere – zu Recht die Kontrolle über ihre sensiblen Daten** gibt, irreversibel verändern.

Auch wenn es bei der Durchsetzung noch mangelt, bleibt die DSGVO eines der wenigen Instrumente, mit denen Bürger mächtige Unternehmen oder Behörden in die Schranken weisen können. Die geplante [Deregulierung verleiht den Unternehmen mehr Macht denn je.](#)

Der Omnibus würde es Technologieunternehmen zudem erleichtern, ressourcenintensive KI-Systeme [auf Kosten von Mensch](#) und [Umwelt](#) zu trainieren. Diese Systeme verarbeiten riesige Mengen an personenbezogenen Daten und verbrauchen eine nicht nachhaltige Menge an natürlichen Ressourcen wie Energie und Wasser – ohne dass zugleich die Vorteile dieser Technologie eindeutig nachgewiesen sind.

**Der Digitalregeln der EU sind unsere beste Verteidigung, die wir gegen digitale Ausbeutung und Überwachung durch in- und ausländische Akteure haben.** Wenn die EU wirklich darauf abzielt, die Einhaltung dieser Gesetze zu erleichtern, dann sollte sie die Unternehmen dabei mit klaren Leitlinien und Werkzeugen unterstützen, um die Sicherheit der Menschen in der digitalen Welt zu gewährleisten – und nicht stattdessen die Rahmenbedingungen abschaffen, die für Rechtssicherheit für Unternehmen sorgen.

Indem die EU zentrale Gesetze wie die DSGVO, ePrivacy, den AI Act, DSA, DMA, die Open-Internet-Verordnung (DNA) oder die Richtlinie über unternehmerische Sorgfaltspflichten in nachhaltigen Lieferketten allein als „Bürokratie“ abtut, gibt sie dem Druck mächtiger Unternehmens- und Staatsakteure nach, welche die Prinzipien eines fairen, sicheren und demokratischen digitalen Raums ablehnen – und EU-Standards zu ihrem eigenen Vorteil absenken wollen.

Indem die EU zentrale Gesetze wie die DSGVO, ePrivacy, der KI-Verordnung, DSA, DMA, die Open Internet Verordnung (DNA), die Richtlinie über unternehmerische Sorgfaltspflichten in nachhaltigen Lieferketten und weitere wesentliche Rechtsakte als bürokratische Belastung umgedeutet werden, **gibt die EU dem Druck einflussreicher Unternehmens und staatlicher Akteure nach, die den Grundprinzipien einer fairen,**

**sicheren und demokratischen digitalen Ordnung** entgegenstehen und die das Schutzniveau des EU Rechts zu ihren eigenen Gunsten absenken wollen.

Wir fordern daher die Europäische Kommission auf:

1. jegliche Versuche sofort zu stoppen, die DSGVO, das ePrivacy Framework, die KI-Verordnung oder andere zentrale digitalen Rechte wieder zu öffnen;
2. das Bekenntnis der EU zu einer rechtebasierten digitalen Ordnung zu erneuern – einschließlich einer konsequenten Durchsetzung bestehender Schutzvorschriften; und
3. die institutionelle Rechenschaftspflicht zu wahren, echte Beteiligung der Zivilgesellschaft und betroffener Gruppen zu ermöglichen und die Integrität des demokratischen Prozesses der EU zu bewahren.

**Es ist noch nicht zu spät für die Europäische Kommission, den Kurs zu ändern – und die Gesetze zu verteidigen, die uns alle schützen, statt sie zu demontieren.**

